

Ergebnisprotokoll

über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 21. April 2010 (VIII/20),
von 14.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Henning Bombeck, AUF	i. V. für Prof. Dr. Ralf Bill, AUF
Prof. Dr. Gerhard Graf, MNF	
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, MEF	i. V. für Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF, ab 14.55 Uhr
Prof. Dr. Volker Kühn, IEF	i. V. für Prof. Dr. Andreas Heuer, IEF
Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, MEF	
Prof. Dr. Christiane Reitz, PHF	
Prof. Dr. Gerhard Scharr, MSF	
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski, PHF	
Prof. Dr. Anja-Ursula Hücke, JUF	
Philipp Da Cunha, IEF	
Jonas Kutzner, IEF	i. V. für Christina Regina Höhne, WSF
Merten Siegfried, MNF	
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Brigitte Müller, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
Prof. Dr. Marianne Wigger, MEF	i. V. für Dr. Birgit Pohl, MEF
Dr. Markus Glöckner, D1	i. V. für Ursula Keßler, D2
Dr. Gerhard Reischke, RZ	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Rektor
Dagmar Börner	amtierende Kanzlerin
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Prorektorin
Prof. Dr. Stefan Göbel	Prorektor
Heiko Marksi	studentischer Prorektor
Prof. Dr. Andreas Wree	Präsident Konzil
PD Dr. Petra Maier, MEF	stellvertretende Vizepräsidentin Konzil, zeitweise
Prof. Dr. Stephan Glatzel	Studiendekan AUF
Prof. Dr. Djamshid Tavangarian	Dekan IEF
Prof. Dr. Olaf Keßler	Prodekan MSF
Prof. Dr. Wolfgang März	Dekan JUF
Prof. Dr. Reinhard Knörr	MNF, stellvertretender Direktor IfMA
Prof. Dr. Emil Chr. Reisinger	Dekan MEF
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski	Dekan PHF
PR Dr. Sybille Bachmann	Vorsitzende Personalrat
Christian Lüth	StuRa-Präsident
Prof. Dr. Dr. Eike Lehmann	Vorsitzender Universitätsrat
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 2 Beschlussfassung über die Stellungnahme des Akademischen Senats zum „Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes M-V“

→ (Der Entwurf der LHG-Novelle ist auf der [SharePoint-Website des Akademischen Senats](#) hinterlegt!)

Bericht: Senatorin Dr. von Oeynhausen, stellvertretende Senatsvorsitzende
Vorsitzende der Senatskommissionen

Vorlage: **VIII/201** (→ **Vorlage wird rechtzeitig vor der Sitzung per E-Mail versendet und auf der [SharePoint-Website des Akademischen Senats](#) eingestellt!**)

I Regularien

Zu Beginn begrüßte der Vorsitzende des Akademischen Senats alle Mitglieder und Stellvertreter zur einberufenen Sondersitzung. Dabei begrüßte er insbesondere auch die Ehrensenatoren und Gäste.

zu 1

Der Senat war zu Beginn seiner Sitzung mit 19 resp. 20 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Die endgültige Tagesordnung wurde gemäß § 7 Absatz 5 Satz 4 der Geschäftsordnung bestätigt.

II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

zu 2

Der Senatsvorsitzende erörterte das Procedere zum Entwurf der Stellungnahme des Akademischen Senats der Universität Rostock zum Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes (LHG) M-V. Hierbei informierte er, dass die Senatskommissionen ihre jeweiligen Standpunkte zu den Themenschwerpunkten der LHG-Novelle (*Senat: 7. April 2010, TOP 6.1*) in einem Positionspapier festgehalten haben. Die Senatskommission Strukturfragen hat daraufhin aus den zugeleiteten Textbausteinen eine Stellungnahme für den Senat entworfen.

Die Senatsmitglieder diskutierten im Einzelnen die Vorlage. Der Akademische Senat unterstützte im Rahmen seiner ausführlichen Prüfung in weiten Teilen die ausformulierte Stellungnahme. Jedoch wurden durch die Senatsmitglieder auch Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen und jeweils mehrheitlich beschlossen.

Im Ergebnis der Aussprache beschloss der Akademische Senat einstimmig seine Stellungnahme einschließlich Änderungen und Ergänzungen zum „Vierten Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und Gesetz zur Errichtung der Universitätsmedizin Greifswald (Gesetzesentwurf der Landesregierung M-V)“.

Beschlusnummer: 182 (VIII/201)

Abstimmungsergebnis: 20/0/0

Die endgültige Fassung der Stellungnahme wurde am 22. April 2010 durch das Referat 1.2 an das Rektorat zur weiteren Verwendung übergeben und als Anlage diesem Protokoll beigelegt.

Die stellvertretende Vorsitzende Senatorin Dr. von Oeynhausen dankte im Namen der Senatskommission Strukturfragen Johannes Saalfeld, Geschäftsführer der Kommission, und dem studentischen Prorektor Heiko Marski für die sehr gute Zusammenarbeit bezüglich der Erstellung der entsprechenden Senatsvorlage.

Anmerkung:

Im Nachgang der Sondersitzung am 21. April 2010 wurde der § 55 Absatz 2 LHG-E bezüglich des *Widerspruchs zur Anrechnung der Zeiten als studentische Hilfskraft nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)* aus der Stellungnahme gestrichen. Zu den Beweggründen wird die stellvertretende Senatsvorsitzende im nächsten Senat am 5. Mai 2010 eine ausführliche Information an den Senat geben.

bestätigt:

Protokoll:

gez.
Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats

gez.
Bianka Schuckart
Referat 1.2

Anlage: Stellungnahme des Akademischen Senats vom 21. April 2010

Stellungnahme des Akademischen Senats der Universität Rostock zum „Vierten Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und Gesetz zur Errichtung der Universitätsmedizin Greifswald (Gesetzentwurf der Landesregierung M-V)“

Der Akademische Senat der Universität Rostock begrüßt in weiten Teilen den vorgelegten Entwurf zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes. Insbesondere die Regelungen, welche die Autonomie der Hochschulen im Land stärken, werden befürwortet. Einige der vorgelegten Änderungen bedürfen jedoch aus Sicht des Senats einer Korrektur im Sinne der zukünftigen Leistungsfähigkeit der Hochschullandschaft. Im Folgenden sind diese Regelungen aufgeführt. Der Senat bittet um Übernahme in den Gesetzesentwurf.

zu § 3a LHG-E:

1. Der Senat stellt fest, dass das hier beschriebene aufzubauende Qualitätsmanagement nicht kostenneutral zu errichten ist. Die Mehrbelastung, die sowohl in zentralen Bereichen als auch in den Fakultäten entstehen wird, wird zu Lasten von Lehre und Forschung sowie Aufgaben in der Verwaltung gehen. Wünschenswert wäre zuvor die sorgfältige Ermittlung und Offenlegung der wirklichen Kosten, darunter z. B. auch der Einkauf auswärtiger Gutachter, ebenso wie die Kosten für das interne Qualitätsmanagement.
2. Doppelungen in der Qualitätssicherung und der Aufbau von Parallelstrukturen sind unbedingt zu vermeiden. Daher sollte für die Qualitätssicherung in der Forschung eine Einschränkung aufgenommen werden, wie es für die Qualitätssicherung in Studium und Lehre in § 3a Absatz 4 LHG-E versucht wird.
3. Ein Qualitätssicherungssystem ersetzt die Akkreditierungs- und Reakkreditierungsverfahren perspektivisch nicht; diese Aussage würde auf ein funktionierendes Qualitätsmanagement zutreffen, für das eine Systemakkreditierung vorgenommen werden kann. Aus dieser Perspektive heraus sollte der gesamte § 3a noch einmal von den Termini her überarbeitet werden und der Terminologie von KMK und Akkreditierungsrat angepasst werden. Akkreditierungsgegenstand und Rechtsfolge wären dann gesichert.
4. In Absatz 3 sollten ehemalige Studierende (Absolventen, Alumni) ebenso aufgeführt werden. Die Absolventenbefragung stellt an der Universität Rostock ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung in der Lehre dar.
5. Der Absatz 3 sollte dahingehend konkretisiert werden, dass in Zukunft eine adäquate aktive Beteiligung der Studierenden an mehr als „nur“ an Bewertungen der Lehrveranstaltungen festgeschrieben werden. Eine deutliche Trennung sowie Definition zwischen Lehrveranstaltungsevaluation einerseits und Studiengangevaluation andererseits ist sicherzustellen. Vorschlag zur Formulierung des Absatzes 3:
„Die Studierenden und Absolventen sind bei der Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen in Studium und Lehre, insbesondere bei Evaluationsverfahren (u. a. Studiengangevaluation, Lehrveranstaltungsevaluation, Absolventenbefragung) zu beteiligen.“
6. zu Absatz 4: Eine Evaluation kann nicht durch ein Akkreditierungs- oder Reakkreditierungsverfahren ersetzt werden: Evaluation und Akkreditierung haben unterschiedliche Zielsetzungen. Die Systemakkreditierung hat verpflichtende Evaluationsverfahren zum

Gegenstand. Eine Systemakkreditierung stützt qualitätssichernde Systeme besser als dies singuläre Evaluations- oder Akkreditierungsverfahren vermögen.

7. zu Absatz 5: Es ist unklar, auf welche Ergebnisse der Evaluation hier Bezug genommen wird. Nach § 3a Absatz 1 LHG-E gibt es mehrere Bereiche. Diese unterliegen nicht alle der Mittelverteilung gemäß § 16 Absatz 3 LHG. Andererseits werden in Zielvereinbarungen zusätzlich zur Mittelverteilung Anreize – auch finanzieller Art – geschaffen, um Studium und Lehre weiter zu entwickeln.
8. zu Absatz 6: Es wird vorgeschlagen, den Regelungsgehalt der Hochschulen „...zu den Qualitätsmaßnahmen“ auf die Absätze 1 – 5 zu erweitern.

zu § 8 Absatz 1 LHG-E:

Die vorgeschlagene Anfügung wird abgelehnt. Die Abstimmung der Studienangebote ist nicht Aufgabe der Hochschulen innerhalb eines Bundeslandes, sondern vor allem eine wichtige Angelegenheit der Fakultätentage auf Bundesebene im Rahmen des Bologna-Prozesses.

zu § 15 LHG-E:

1. zu Absatz 3 Satz 2: Die Anfügung wird strikt abgelehnt. Die Änderungen in § 15 Absatz 3 zu den „Fächern“ erscheinen angesichts der gewollten Stärkung von Hochschulautonomie nicht verständlich. Die Regelung wäre nur dann akzeptabel, wenn Zielvereinbarungen mit den Hochschulen „auf Augenhöhe“ verhandelt werden würden. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aber gezeigt, dass gerade in diesem Bereich erhebliche Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen vorgenommen wurden (Einstellung der Staatsexamensstudiengangs Recht in Rostock), so dass die ausdrückliche Einbeziehung des Fächerangebots der Hochschulen in die Zielvereinbarungen Anlass zu der Befürchtung bietet, dass – entgegen der angestrebten Stärkung der Autonomie – zusätzlicher Einfluss auf die Entscheidungen der Hochschulen in wichtigen Bereichen genommen werden soll, indem das Fächerangebot den Steuerungsmechanismen der Zielvereinbarungen unterworfen wird. In der vorgeschlagenen Änderung wird aus Sicht des Senats der Schutzbereich des Art. 5 Absatz 3 GG berührt.
2. Für die bauliche Entwicklungsplanung sollte ein 10-jähriger Zeitraum möglich sein, der in den 5-jährigen Hochschulentwicklungsplänen präzisiert und untersetzt wird. Die zugrunde gelegten 5-jährigen Zielvereinbarungen, die auch nur 12 Monate vor Ablauf weiter entwickelt werden, greifen für die bauliche Entwicklung zu kurz. Dies gilt auch für das flächenbezogene Ausbauziel nach Hochschulen sowie die Schwerpunkte des Hochschulbaus. Gerade im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung (Einführung und Abschaffung von Fächern) führen zu kurze Zeiträume zu hastigen und u. U. nur schwer reversiblen Entscheidungen.

zu § 16 Absatz 13 LHG-E:

Auf Grund nicht absehbarer Auswirkungen auf den Universitätshaushalt sowie auf Grund nicht absehbarer Rechtsfolgen lehnt der Senat diesen hinzugefügten Absatz ab. Wenn ein Teilnehmer für ein bisher gebührenpflichtiges Weiterbildungsangebot die Bildungsschecks anstelle von Gebühren als Zahlungsmittel einbringt, entsteht für die Universität ein finanzieller Nachteil. Bisher kostenpflichtige Weiterbildungsangebote könnten dann teilweise kostenfrei genutzt werden. Risiken für den Universitätshaushalt müssten durch zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt abgewendet werden („strikte Konnexität“). Aus der Neuregelung geht ebenfalls nicht hervor, ob für die Studierenden ein Rechtsanspruch auf Auszahlung der Bildungsschecks besteht, wenn die Weiterbildungsaktivitäten nicht an der eigenen Hochschule erfolgen können. Dieser etwaige

Rechtsanspruch kann auch nicht durch Rechtsverordnung aus dem Bildungsministerium abgewendet werden, sondern könnte nur mit dem Gesetzestext selbst abgeholfen werden. Es ist zu prüfen, ob durch den § 16 Absatz 13 LHG-E für Studierende ein Rechtsanspruch auf ein schnelleres Studieren weit unterhalb der Regelstudienzeit erwächst.

zu § 21 Absatz 2 LHG:

Hier wird als zusätzliche Änderung und zur Verfahrenserleichterung vorgeschlagen, dass Genehmigungen von Ausnahmefällen von der Beurlaubungsregelung (sowohl Prüfungs- und Studienleistungen als auch Beurlaubungsgründe und Beurlaubungsdauer) in Zukunft der Hochschulleiter oder die Hochschulleiterin treffen soll.

zu § 22 Absatz 2 LHG-E:

1. Die Universität Rostock begrüßt die Aufnahme dieser Regelung zum Schülerstudium.
2. Sie darf jedoch nicht die grundständige Begabtenförderung an den Schulen im Land ersetzen. Dafür wären die Hochschulen nicht hinreichend ausgestattet. Aus pädagogischer Sicht genügt das Schülerstudium auch nicht den allgemeinen Ansprüchen an eine Begabtenförderung.
3. Um den Besonderheiten des Juniorstudiums gerecht zu werden, wird eine Ermächtigungsgrundlage im Landeshochschulgesetz für zweckmäßig gehalten, die es den Hochschulen erlaubt, ihre Satzungen (z. B. die Immatrikulationsordnung zum Status und die Prüfungsordnung insbesondere für Wiederholungs- und Nichtbestehensregelungen und Fristen) anzupassen. Der neue Absatz 2 sollte daher am Ende noch um den Satz ergänzt werden: *„Näheres regeln die Hochschulen durch Satzung.“*

zu § 38 LHG-E:

Der Absatz 2 stellt teilweise den Inhalt eines konkreten Studienganges dar und bildet nicht die Anforderungen an eine Rahmenprüfungsordnung ab. Der neu gefasste § 38 enthält im Wesentlichen alle Punkte des alten § 38. Dementsprechend werden hier die Anforderungen an eine Rahmenprüfungsordnung vermischt mit den speziellen Anforderungen an einzelne Prüfungsordnungen. Als Beispiel seien hier genannt: Dauer und Lage von integrierten Auslands- und Praxissemestern, Zweck der Prüfung, Voraussetzungen sowie Art und Anzahl der Vorleistungen, Zahl und Art der Prüfungen sowie Zahl, Art und Umfang ihrer Prüfungsleistungen zuzuordnenden Regelprüfungstermine. Deshalb sollten diese Abschnitte im Hinblick auf die Rahmenprüfungsordnung einerseits und spezifische Prüfungsordnungen andererseits gründlich überarbeitet werden.

zu § 57 Absatz 7 und Absatz 8 LHG-E:

1. zu Absatz 7: Die Einführung der „Lehrprofessur“ ist abzulehnen. Sie zerstört die Einheit von Forschung und Lehre, schafft Professuren 2. Klasse und dient letztlich dem Ministerium als Grundlage zur Erhöhung des Lehrdeputats ohne eine Verbesserung der Qualität.
2. zu Absatz 8: Dieses sollte möglich sein, wird jedoch auch derzeit schon praktiziert (Senkung des Deputats für Leiter von SFB, Departments etc.)

zu § 59 Absatz 5 LHG:

Zusätzlich zu den im Entwurf geplanten Änderungen schlagen wir folgende Neufassung des § 59 Absatz 5 vor:

Im Berufungsvorschlag sollen grundsätzlich drei Bewerberinnen und Bewerber in bestimmter Reihenfolge benannt werden. Die fachliche und persönliche Eignung sowie die Eignung zur Lehre sind für jede Bewerberin oder jeden Bewerber und im Verhältnis zueinander zu begründen. Über die Leistungen der Bewerber in Wissenschaft oder Kunst einschließlich der Lehre sind Gutachten auswärtiger sachverständiger Personen einzuholen, die in der Regel vergleichend zu den in die engere Wahl gezogenen Bewerber Stellung nehmen sollen. Auf sämtliche oder einzelne Gutachten im Sinne des Satzes 3 kann verzichtet werden, wenn der Berufungskommission mindestens drei auswärtige Mitglieder angehört haben und diese mehrheitlich dem Vorschlag zustimmen. Die Bewerberin oder der Bewerber hat kein Recht auf Einsicht in die Berufungsakten, insbesondere nicht in die Berufungsgutachten.

Begründung: Die Neufassung von Absatz 5 in Anlehnung an das niedersächsische Hochschulgesetz erlaubt ein zügiges Berufungsverfahren, da oft das Einholen von Gutachten zu langen Wartezeiten führt.

zu § 66 Absatz 1 LHG-E sowie § 68 LHG (Wegfall in der Novelle):

Die Formulierung zum Wegfall der „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ bei Einführung einer einzigen Kategorie „Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter“ ist bisher sehr allgemein gehalten. Es steht zu befürchten, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter, wie es im begleitenden Text auch heißt, zu reinem Unterstützungspersonal bzw. zu reinen „Dienstleistern“ (siehe Erläuterungen der Novelle zu § 55) gemacht werden. Das wäre für die Forschung im Lande ein bedauerlicher Verlust, da insbesondere eine Vielzahl von Qualifikationsstellen (Promotions- und Habilitationsstellen) betroffen wären. Eine Anhebung der Lehrkapazität könnte zur Folge haben, dass wissenschaftliche Exzellenz beim Wettbewerb um qualifiziertes Personal nicht mehr im Vordergrund stehen kann. Aus dieser Gesetzesänderung könnte in Verbindung mit der Kapazitätsverordnung ein neuer Rechtsanspruch für Studierende erwachsen, der eine automatische bzw. verpflichtende Erhöhung des Lehrdeputats in überlasteten Studiengängen zur Folge hätte.

zu § 80 Absatz 4 LHG und § 81 LHG-E:

Die Amtszeit für studentische Konzilsmitglieder sollte entsprechend der Regelungen zum Senat ebenfalls ein Jahr betragen können. Diese Regelung sollte auch für den erweiterten Senat in § 81 LHG-E aufgenommen werden.

zu § 81 Absatz 4 LHG-E:

Nach der jetzigen Neufassung des § 81 Absatz 4 LHG-E bedürfte der Wahlvorschlag des Senats an das Konzil für einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt des Hochschulleiters oder der Hochschulleiterin das Einvernehmen des bisherigen Hochschulleiters oder der bisherigen Hochschulleiterin. Daher wird folgende Formulierung des § 81 Absatz 4 LHG-E zur Klarstellung vorgeschlagen:

„Der Senat unterbreitet dem Konzil Vorschläge

- 1. zur Wahl der Mitglieder der Hochschulleitung mit Ausnahme der Kanzlerin oder des Kanzlers. Der Wahlvorschlag für die weiteren Mitglieder der Hochschulleitung gemäß § 82 Absatz 2 Pkt. 3 und Pkt. 4 erfolgt im Einvernehmen mit der Hochschulleiterin oder dem Hochschulleiter.*
- 2. zur Wahl des Hochschulrats.“*

zu § 84 LHG-E:

Der Begriff „Gesamtverantwortung“ ist weder aus sich selbst heraus eindeutig noch erfährt er eine Legaldefinition. Unbenommen trägt der Hochschulleiter oder die Hochschulleiterin in rechtlichen Fragen auf Grund seiner oder ihrer Funktion als Rechtsaufsicht die gesamte Verantwortung. Der Begriff „Gesamtverantwortung“, wie er in der Gesetzesänderung Verwendung findet, scheint sich jedoch auch auf fachliche Fragen auszudehnen, die dem Ressort- und Kollegialprinzip einer Rektoratsverfassung entgegen stehen. Infolgedessen entstehen in der bisherigen Neuformulierung des § 84 LHG-E Unschärfen bezüglich der Zuständigkeiten und Kompetenzen der einzelnen Mitglieder in der Hochschulleitung. Die konkurrierende Wirkung der Richtlinienkompetenzen des Hochschulleiters einerseits und des Ressort- und Kollegialprinzips der Rektoratsverfassung andererseits wird nicht hinreichend genug voneinander abgegrenzt. Deshalb schlägt der Senat eine Neuformulierung des § 84 LHG vor, der ohne die Verwendung der unscharfen Begrifflichkeit „Gesamtverantwortung“ auskommt und der folgende Grundprinzipien erfüllt:

1. Der Hochschulleiter oder die Hochschulleiterin trägt als Rechtsaufsicht und Leiter der Hochschule die Verantwortung gemäß des bisherigen § 84 LHG.
2. Der Hochschulleiter oder die Hochschulleiterin hat die Richtlinienkompetenz innerhalb des Rektorats.
3. Der Hochschulleiter oder die Hochschulleiterin kann nach Beratung in der Hochschulleitung Einzelfallentscheidungen auch mit Wirkung für die übertragenen Geschäftsbereiche der Mitglieder der Hochschulleitung treffen. Sie sind insoweit an die Entscheidung der Hochschulleiterin oder des Hochschulleiters gebunden, es sei denn, die Hochschulleitung trifft mehrheitlich eine abweichende Entscheidung (Ressort- und Kollegialprinzip). Im Falle von Stimmengleichheit gibt die Stimme des Hochschulleiters oder der Hochschulleiterin den Ausschlag.

zu § 85 LHG-E:

Der Senat der Universität Rostock bedauert, dass seit 2002 die Kommission Hochschule und Forschung nicht genutzt wurde und daher keine praktische Relevanz entwickeln konnte. Die Kommission hätte als Instrument der Vorbereitung und Entwicklung einer langfristigen Hochschulpolitik genutzt werden und viele Konflikte im Vorfeld ausräumen können (zum Beispiel Abstimmung der Hochschulentwicklungspläne).

zu § 86 LHG-E:

Die Änderungen des § 86 LHG entstammen offensichtlich den Erfahrungen anderer Hochschulen des Landes sowie dem allgemeinen Bundestrend. Der Senat der Universität Rostock möchte auch in Zukunft nicht auf den Rat renommierter universitätsexterner Personen verzichten und spricht sich für die Beibehaltung des Hochschulrats aus. Da die vorgeschlagene Gesetzesänderung eine engagierte Teilnahme am Universitätsleben und damit eine kompetente Beurteilung der universitären Vorgänge durch den Hochschulrat auch weiterhin ermöglicht, befürwortet der Senat den eingebrachten Änderungsvorschlag im LHG. Infolgedessen hat der Senat der Universität Rostock in einer entsprechenden Diskussion die Rolle des Hochschulrats für die Universität Rostock neu zu überdenken und gegebenenfalls entsprechende Verfahrenswege in die Grundordnung aufzunehmen.

zu § 87 Absatz 1 LHG-E:

Der Akademische Senat spricht sich für eine Kanzlerin oder einen Kanzler in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit aus. Denn vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 2008 – 2 BvL 11/07 – wird ein Beamtenverhältnis auf Zeit als verfassungswidrig angesehen. Außerdem werden die Kompetenzen des Kanzlers durch die gesetzliche Aufzählung von Aufgabenbereichen gegenüber der bestehenden Regelung eher eingeschränkt denn gestärkt, zumal eine Aufzählung stets nur lückenhaft sein kann, was zu Diskontinuität im Handeln und einer Entfremdung innerhalb von Verwaltungseinheiten führen kann. Es wird deshalb die folgende Formulierung für einen neuen § 87 Absatz 1 vorgeschlagen, die die gewollte Stärkung des Kanzlers und seine zentrale Leitungsverantwortung besser zum Ausdruck bringt und Spielraum für hochschulspezifische Regelungen lässt. Die Übertragung der Dienst-vorgesetzteneigenschaft wird als nicht erforderlich angesehen. Die vorgeschlagene Bestimmung macht daher eine Änderung des § 56 Satz 2 (siehe Ziffer 30) überflüssig.

zu Absatz 1: Die Kanzlerin oder der Kanzler leitet die Verwaltung der Hochschule und nimmt die sonstigen ihr oder ihm durch die Hochschulleiterin oder den Hochschulleiter übertragenen Aufgaben wahr. Sie oder er *ist verantwortlich für die verwaltungsmäßige Durchführung der Beschlüsse der Hochschulleitung und des Senats und wirkt darauf hin, dass die Verwaltung die für die Erfüllung der Hochschulaufgaben notwendigen Dienstleistungsfunktionen wahrnimmt. Die Kanzlerin oder der Kanzler ist Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt.*

zu Teil 10 §§ 96 ff LHG-E:

Der Akademische Senat der Universität Rostock begrüßt die Möglichkeit zur Einführung eines Integrationsmodells für die Hochschulmedizin. Er behält sich vor, sich zur Ausgestaltung der Integration der Hochschulmedizin an der Universität Rostock nach eingehender Befassung inhaltlich zu äußern.

gez.

Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats